

Kartografie der politischen Landschaft in Deutschland

Die wichtigsten Ergebnisse für Ostdeutschland

Felicitas Belok, Rainer Faus



GUTACHTEN

EMPIRISCHE SOZIALFORSCHUNG

8

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG



Kartografie der politischen
Landschaft in Deutschland

Die wichtigsten Ergebnisse für Ostdeutschland

Felicitas Belok, Rainer Faus

Impressum

ISBN 978-3-95861-792-6

Herausgegeben vom

Forum Berlin
Friedrich-Ebert-Stiftung
Dr. Irina Mohr
Dr. Dietmar Molthagen
Hiroshimastraße 17
10785 Berlin

Autor_in

Felicitas Belok, Rainer Faus

Lektorat

Barbara Hoffmann

Umschlagfotos

dpa Picture Alliance; Meinzahn/istockphoto.com;
maxoidos/fotolia.com

Gestaltung

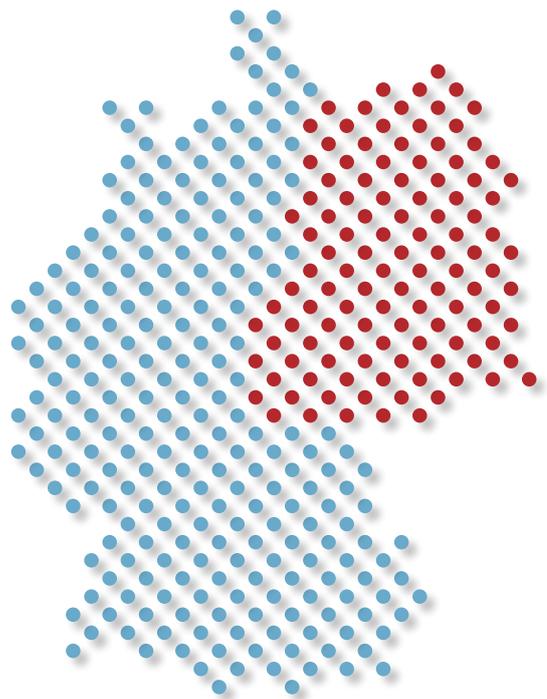
Pellens Kommunikationsdesign GmbH, Bonn

Druck

Druckerei Brandt GmbH, Bonn

© 2017 by Friedrich-Ebert-Stiftung,
Abteilung Politischer Dialog

Eine gewerbliche Nutzung der von der FES
herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche
Zustimmung durch die FES nicht gestattet.



Inhalt

Vorwort der Herausgeber	4
1. Einleitung	5
2. Methodisches Vorgehen	6
3. Allgemeine Stimmung in Ost- und Westdeutschland	7
4. Politische Einstellungen in Ost- und Westdeutschland	9
Politisches Interesse und Wahlbeteiligung	9
Bewertung der Rolle des Staates und politischer Maßnahmen	9
Demokratiezufriedenheit	11
5. Segmente	13
6. Segmente in Ost-West-Vergleich	14
Einstellung der Segmente im Ost-West-Vergleich	15
Persönliche Lage und gesellschaftliche Rahmenbedingungen	15
Sicht auf Politik und Gesellschaft	16
Soziale Gerechtigkeit als verbindendes Element	18
7. Fazit	19
Nachwort: Schlussfolgerungen für die politische Bildungs- und Beratungsarbeit	20
Literaturverzeichnis	22
Abbildungsverzeichnis.....	23
Die Autorin und der Autor	24

Vorwort der Herausgeber

„Wie tickt Deutschland?“ So lautet die Ausgangsfrage der großangelegten Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zu politischen Einstellungen, die im September 2016 erschienen ist. Diese Untersuchung wollte herausfinden, ob es bei aller vielbeschriebenen gesellschaftlichen Heterogenität politisch ähnlich denkende Gruppen in der deutschen Bevölkerung gibt und wenn ja, was diese denken. Im Ergebnis ist es den Forschenden gelungen, die politische Landschaft Deutschlands zu vermessen und dabei acht Segmente zu identifizieren, die sich in ihrem politischen Denken teilweise erheblich unterscheiden.

Der Fokus der Studie lag auf der gesamten deutschen Bevölkerung. In verschiedener Hinsicht kann man aber noch genauer in die Daten schauen und weitere Fragen stellen. Etwa, inwieweit sich im 27. Jahr des vereinigten Deutschlands die politischen Einstellungen zwischen Ost- und Westdeutschland unterscheiden – und welche Gründe für die Unterschiede zu finden sind. Antworten auf diese Fragen bietet die hier vorliegende Untersuchung. Sie basiert auf den im Rahmen der FES-Kartografie-Studie im Jahr 2015 erhobenen Daten aus qualitativer und quantitativer Sozialforschung.

Interessant ist, dass tatsächlich einige Unterschiede auftreten, aber sich zugleich manches liebgeordnete Vorurteil über „den Osten“ oder „den Westen“ auch nicht bestätigt. Aber lesen Sie selbst! Für die Friedrich-Ebert-

Stiftung als Anbieter politischer Bildung und Beratung ist das Verständnis politischer Einstellungen gerade in regionaler Differenzierung von großem Interesse. Denn Deutschland ist vielfältig und passgenaue Angebote für die Bürgerinnen und Bürger an einem Ort bzw. in einer Region können wir nur machen, wenn wir wissen, was vor Ort interessiert, als dringend angesehen wird und wie die Demokratie vor Ort sowohl gelebt als auch gefühlt wird.

Diese Sonderauswertung Ostdeutschland ist eine Kooperation aller ostdeutschen Landesbüros der Friedrich-Ebert-Stiftung sowie des Forum Berlin. Wir danken allen Kolleginnen und ebenso dem Team bei pollytix für die gute Zusammenarbeit.

Dr. Irina Mohr

Friedrich-Ebert-Stiftung Leiterin Forum Berlin

Dr. Dietmar Molthagen

Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin Arbeitsbereich empirische Sozialforschung

Hinweis: Die Studie „Kartografie der politischen Landschaft in Deutschland“ von Jana Faus, Rainer Faus und Alexandra Gloger steht zum Download zur Verfügung unter: <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/12764.pdf>

1. Einleitung

Nach dem Fall der Mauer im November 1989 und der Wiedervereinigung der beiden Teilstaaten zur Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1990 war in der Gesellschaft und der Politik die Euphorie groß, dass nun endlich zusammenwachsen, was zusammengehört (Willy Brandt). Allerdings setzte bald Enttäuschung ein, als Studien belegten, dass die gesamtdeutsche Gesellschaft keinesfalls zusammengewachsen sei, sondern zwischen den Ost- und Westdeutschen relativ stabile Unterschiede im Hinblick auf ihre Einstellungen und Wertorientierungen gegenüber der Politik bestehen (siehe z. B. Fuchs 1997). Wie die Forschung zeigen konnte, bauten sich diese Einstellungsunterschiede zwischen der ost- und westdeutschen Bevölkerung auch nicht mit zunehmend geteilten Erfahrungen im vereinten Deutschland ab, sondern blieben bestehen (Arzheimer 2013; Roller 2010; Niedermayer 2009; Westle/Niedermayer 2009).

Wie lassen sich die Unterschiede zwischen den alten und neuen Bundesländern erklären? In der Forschung bestehen verschiedene Erklärungsansätze für diese Einstellungsunterschiede: Die *Sozialisations-These* führt Einstellungsunterschiede auf die unterschiedliche Sozialisation bzw. Wertevermittlung in den beiden Landesteilen zurück. Grundannahme dabei ist, dass die soziale, politische oder auch wirtschaftliche Umwelt, in der man aufwächst, maßgeblich beeinflusst, welche Einstellungen und Wertorientierungen man entwickelt. Während Westdeutsche im Rahmen einer liberalen und marktwirtschaftlichen Demokratie aufgewachsen sind, wurden Ostdeutsche in einem sozialistischen System mit einem Schwerpunkt auf soziale Gleichheit und egalitäre Verteilungsprinzipien sozialisiert. Dementsprechend sollten die Bürger_innen der neuen und alten Bundesländer unterschiedliche politische Einstellungen und Erwartungen an Politik und Parteien entwickelt haben (Fuchs 1997: 92–92). Hingegen geht die *Situationsthe- se* davon aus, dass die im Vergleich zu

den alten Bundesländern als schlechter wahrgenommenen ökonomischen sowie sozialen Lebensbedingungen in Ostdeutschland einen Einfluss auf die politischen Einstellungen haben (Arzheimer 2005: 292). Ostdeutsche würden sich als Folge ökonomischer Ungleichheit benachteiligt und als „Bürger zweiter Klasse“ (Walz/Brunner 1998: 116) fühlen und diese Fehlentwicklung den (westdeutschen) Parteien und der Politik zuschreiben.

Dass in der Bevölkerung unterschiedliche Einstellungen vorherrschen und sich die Bürger_innen in ihren Wertorientierungen unterscheiden, ist an sich kein Ost-West-Phänomen, sondern charakteristisch für die Deutschen (und viele andere Nationen) in ihrer Gesamtheit. Die Pluralität der deutschen Gesellschaft konnte in vielen Studien empirisch belegt werden. So kam z. B. die von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Auftrag gegebene Studie „Kartografie der politischen Landschaft in Deutschland“ (Faus et al. 2016) zu dem Schluss, dass sich unsere Gesellschaft in insgesamt acht Segmente unterteilen lässt, die sich hinsichtlich ihrer Einstellungen zum Staat, zur Politik und Gesellschaft sowie in ihrer Lebensweise unterscheiden.

Es stellt sich daher die Frage, ob auch heute – 27 Jahre nach der Wiedervereinigung – immer noch Einstellungsunterschiede zwischen den alten und neuen Bundesländern bestehen und ob diese Ost-West-Unterschiede sich von den in der Gesellschaft an sich vorherrschenden heterogenen Wertorientierungen unterscheiden. Daher wird in dieser Studie der Frage nachgegangen, inwiefern sich die ost- und westdeutsche Bevölkerung in ihren politischen Einstellungen unterscheidet. Wo gibt es Unterschiede, wo gibt es Gemeinsamkeiten? Zur Beantwortung der Forschungsfrage haben die Forscher_innen von pollytix strategic research auf die Daten der oben erwähnten Kartografie-Studie (2016) der FES zurückgegriffen und diese auf Ost-West-Unterschiede untersucht.

2. Methodisches Vorgehen

Die Datengrundlage der vorliegenden Analyse bildet die bereits einleitend erwähnte Kartografie-Studie von 2016. Zur Messung von politischen Einstellungen und Wertvorstellungen wurde in der Studie ein dreistufiger Ansatz gewählt, in dem sowohl qualitative als auch quantitative Instrumente zum Einsatz kamen. In der ersten Stufe, der explorativen Phase, wurden zwischen Ende März und Mitte April 2015 ethnografische Tiefeninterviews mit insgesamt 50 wahlberechtigten Bürger_innen aus den Regionen Berlin und Brandenburg, Dresden und Sachsen, Rhein-Ruhr, Hannover und Niedersachsen sowie Mannheim und Rhein-Neckar durchgeführt. Ziel der Interviews, die bei den Befragten zu Hause stattfanden, war es, das Wohn- und Lebensumfeld der Bürger_innen kennenzulernen und herauszufinden, welche politischen Themen für sie persönlich relevant sind.

In der zweiten Phase wurde in zehn Fokusgruppen mit Wahlberechtigten über die Themen und Probleme, die sich im Zuge der Tiefeninterviews herauskristallisiert hatten, diskutiert. Dadurch konnte zum einen ein tieferes Ver-

ständnis für die politische Stimmung in Deutschland gewonnen werden und zum anderen zeichneten sich verschiedene Bevölkerungsgruppen ab, die sich aufgrund gleicher Einstellungen und Wertorientierungen ähneln. Die Fokusgruppendifkussionen fanden Mitte Mai 2015 in Berlin, Dresden, Bochum, Düsseldorf, Hannover und Mannheim statt.

Aufbauend auf den qualitativen Ergebnissen wurde in der dritten Phase (05.09.2015 bis 05.10.2015) eine repräsentative, computerunterstützte Telefonbefragung (CATI) von 5.000 Wahlberechtigten durchgeführt, wobei entsprechend der Bevölkerungsverteilung 3751 in Westdeutschland lebende und 1249 in Ostdeutschland lebende Bürger_innen befragt wurden¹. Die Umfrage diente zur Validierung und Quantifizierung der bisherigen Ergebnisse für die Gesamtbevölkerung sowie zur Identifizierung von repräsentativen Bevölkerungssegmenten mit ähnlichen Einstellungen, die sich bereits im qualitativen Prozess abgezeichnet hatten (siehe dazu auch Faus et al. 2016: 16–21).

¹ Berlin wurde dabei Ostdeutschland zugeordnet.

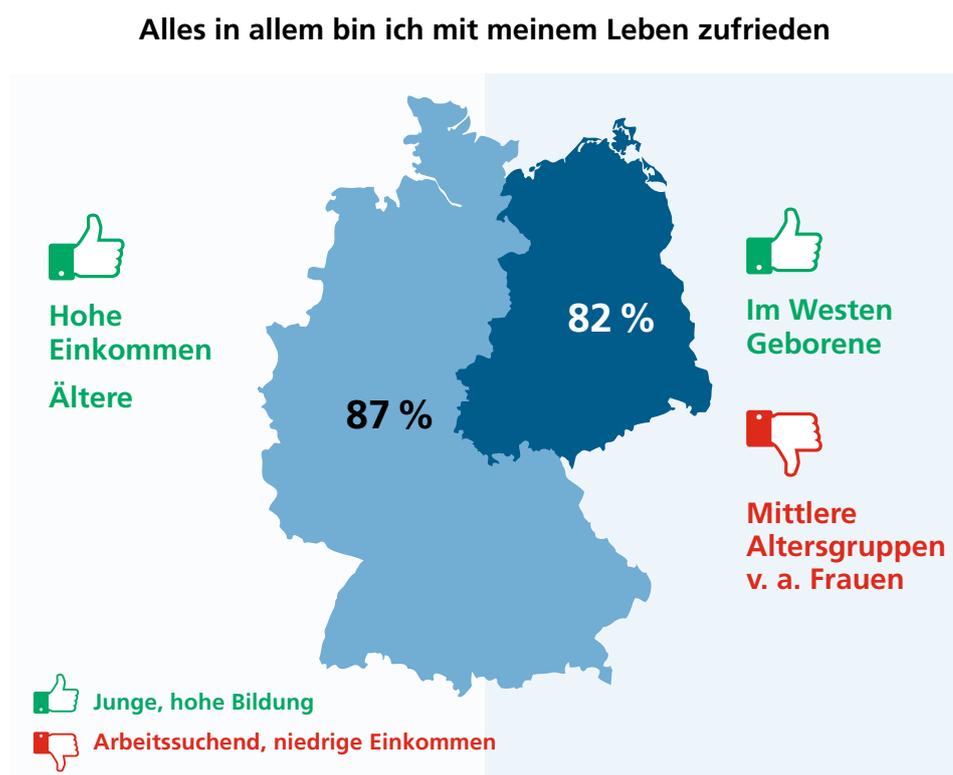
3. Allgemeine Stimmung in Ost- und Westdeutschland

Zu Beginn erfolgt zunächst ein Blick auf die aktuelle Stimmungslage in Ost- und Westdeutschland². Wie nehmen die Bürger_innen der alten und neuen Bundesländer ihre eigene Lebenssituation wahr und gibt es regionale Unterschiede in der Wahrnehmung?

An sich ist in beiden Landesteilen eine positive Grundstimmung zu verzeichnen. Besonders Junge und besser Gebildete weisen sowohl im Osten als auch im Westen

eine hohe Lebenszufriedenheit auf, während Arbeitssuchende und Niedrigverdiener eher negativ gestimmt sind. Von den Westdeutschen sind 87 % mit ihrem eigenen Leben zufrieden, wobei insbesondere Ältere und Personen mit einem hohen Einkommen eine hohe Lebenszufriedenheit aufzeigen. In Ostdeutschland fällt der Anteil der Zufriedenen mit 82 % leicht niedriger, aber immer noch hoch aus. Auffällig ist, dass im Osten vor allem im Westen Geborene mit ihrem Leben überdurchschnittlich zufrieden sind.

Abbildung 1: Lebenszufriedenheit in Ost- und Westdeutschland



Basis: Alle Wahlberechtigten in Ost und West. Zustimmungswerte auf einer Skala von 0-10 für „zutreffend“ (6-10).

Abweichungen rundungsbedingt.

Quelle: pollytix strategic research.

² Bei der Analyse der Einstellungen in Ost- und Westdeutschland muss beachtet werden, dass die Studie nach den Anschlägen auf die Redaktion des Magazins Charlie Hebdo in Paris im Januar 2015 durchgeführt wurde und es anzunehmen ist, dass dieses Ereignis die Einstellungen der Bürger_innen beeinflusst hat, z. B. in Form von Zunahme und Verstärkung latenter Unsicherheit.

Im Einklang mit dieser zuversichtlichen Ausgangslage wird auch im Westen die wirtschaftliche Situation als zufriedenstellend angesehen: 81 % der westdeutschen Bevölkerung bewertet die wirtschaftliche Lage Deutschlands als gut; mit der eigenen wirtschaftlichen Lage sind 71 % der Westdeutschen zufrieden. Im Osten fällt die Bewertung der ökonomischen Umstände leicht verhaltener aus. Nur 74 % der Ostdeutschen sind mit dem Zustand der deutschen Wirtschaft zufrieden und nur 66 % bewerten ihre eigene wirtschaftliche Situation positiv. Dies deckt sich mit Befunden einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung von 2015, in der die politische Kultur von Süd- und Ostdeutschland analysiert wurde und die zu ähnlichen Ergebnissen bei der Sicht der Ostdeutschen auf die wirtschaftliche Lage kam (Faus et al. 2015: 9). Als Gründe für die pessimistischere Wahrnehmung können die schlechteren ökonomischen Rahmenbedingungen in den neuen Bundesländern wie beispielsweise die höhere Arbeitslosenquote oder aber das niedrigere Lohnniveau angeführt werden (Destatis 2014). Vor diesem Hintergrund erscheint die nur im geringen Maße geringere Lebenszufriedenheit der Ostdeutschen umso erwähnenswerter.

Die Bewertung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen lässt überall Sorge in Bezug auf die gesellschaftlichen Zustände erkennen. Zwar glaubt jeweils die Mehrheit der Bevölkerung daran, dass man mit harter Arbeit etwas in

Deutschland erreichen kann. Im Vergleich zur Lebenszufriedenheit und Bewertung der Wirtschaft fällt jedoch die Zuversicht in das Leistungsversprechen mit 66 % im Westen bzw. mit 56 % im Osten in beiden Landesteilen deutlich verhaltener aus. Die reservierte Sicht auf das gesellschaftliche Zusammenleben zeigt sich auch in anderen Aspekten: Rund drei Viertel der Bürger_innen bemängeln sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland, dass jeder nur an sich denke und die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinanderklaffe. Gleichzeitig klagen mehr als die Hälfte der Ost- und Westdeutschen in Bezug auf ihre persönliche Lage über zunehmende Hektik im Leben. 40 % der westdeutschen Bevölkerung gibt zudem an, dass sie sich über die Zukunft Sorgen mache; im Osten liegt der Anteil bei 45 %.

Somit kann als Ausgangspunkt der Analyse festgehalten werden, dass in beiden Landesteilen eine positive Grundstimmung vorherrscht, in Westdeutschland aber die Bewertung der wirtschaftlichen Lage leicht besser ausfällt – was auch der realwirtschaftlichen Situation entspricht. Bei der Wahrnehmung der Gesellschaft zeigen sich zwischen den Landesteilen kaum Unterschiede: Sowohl Ost- als auch Westdeutsche bemängeln fehlenden Zusammenhalt, Zukunftssorgen wie die Zunahme von Ungleichheit und Hektik.

4. Politische Einstellungen in Ost- und Westdeutschland

Unterscheiden sich Ost- und Westdeutsche in ihren politischen Einstellungen und wenn ja, wie stark? Um dies zu klären, werden sowohl politisches Interesse und die Bereitschaft zu politischer Partizipation, Einstellungen gegenüber ausgewählten politischen Maßnahmen sowie die grundlegende Zufriedenheit mit dem politischen System analysiert.

Politisches Interesse und Wahlbeteiligung

Aus demokratiethoretischer Sicht lebt eine funktionierende Demokratie von mündigen Bürger_innen, die sich in den politischen Prozess einbringen und diesen gestalten. Damit Bürger_innen innerhalb eines demokratischen Systems diese Rolle ausüben können bzw. wollen, ist ein Mindestmaß an politischem Interesse eine zwingende Vorbedingung (Vetter/Maier 2005: 51). Vor diesem Hintergrund ist es sehr erfreulich, dass in beiden Landesteilen ein hohes Maß an politischem Interesse vorherrscht. Jeweils 71 % der ost- und westdeutschen Bevölkerung gibt an, sich für das politische Geschehen zu interessieren. Auch die Süd-Ost-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung von 2015 kam zu dem Schluss, dass politisches Interesse vom regionalen Lebensraum unabhängig ist (Faus et al. 2015: 11). Nicht nur beim politischen Interesse, sondern auch bei der beabsichtigten Wahlbeteiligung zeigen sich keine Unterschiede zwischen Osten und Westen. 68 % der westdeutschen und 67 % der ostdeutschen Bevölkerung geben an, auf jeden Fall bei der nächsten Bundestagswahl wählen zu gehen. Bei jeweils rund 22 % der Bürger_innen ist die Stimmabgabe bei der nächsten Bundestagswahl noch unsicher. Der Anteil der kategorischen Nichtwähler_innen, die auf keinen Fall bei der nächsten Bundestagswahl wählen werden, beläuft sich damit sowohl in den neuen als auch in den alten Bundesländern auf gut 10 %³. Bei einer genaueren Analyse der Nicht-

wähler_innen zeigt sich zudem ein gemeinsames Muster: In beiden Landesteilen verweigern überdurchschnittlich oft junge Männer (30–39 Jahre) mit einem niedrigen Bildungs- und Einkommensniveau sowie niedrigem politischen Interesse und einem eher negativen Blick auf Politik und Parteien den Gang zur Wahlurne. Die Entscheidung, nicht an Wahlen teilzunehmen, ist damit nicht regional bedingt, sondern von sozio-ökonomischen Faktoren und den damit einhergehenden Einstellungen abhängig.

Bewertung der Rolle des Staates und politischer Maßnahmen

Abgesehen von dem politischen Interesse und der Wahlbeteiligung zeigt sich jedoch, dass politische Einstellungen zwischen Ost und West variieren. So herrschen in den beiden Regionen unterschiedliche Sichtweisen auf das Verhältnis zwischen Staat und Bürger_in vor: Während 69 % der Westdeutschen der Meinung sind, dass Menschen in Deutschland sich weniger fragen sollten, was der Staat für sie tun kann, sondern sich eher selbst für die Gesellschaft engagieren sollten, stimmen im Osten nur 60 % dieser Aussage zu. Gleichzeitig engagieren sich im Osten mit 38 % auch weniger Menschen als im Westen (45 %).

Auch bei der Bewertung der EU werden Differenzen deutlich: Die Mehrheit der westdeutschen Bürger_innen (51 %) ist der Meinung, dass die EU-Mitgliedschaft Deutschland mehr Vor- als Nachteile bringt. Im Osten ist die Stimmung etwas europaskeptischer; hier sehen nur 43 % der Bürger_innen mehr Vor- als Nachteile in Deutschlands EU-Mitgliedschaft. Eng verbunden mit der Einstellung zur EU ist das Thema Weltoffenheit und Integration. Der in 2015 stark angestiegene Zuzug von Geflüchteten hat in Deutschland eine Debatte über das richtige Maß an

³ Es muss beachtet werden, dass bei der Analyse der Wahlbeteiligung oft das Problem des „Overreportings“ auftritt. Aufgrund sozialer Erwünschtheit geben mehr Personen an, an der Wahl teilnehmen zu wollen als dies tatsächlich der Fall ist (Westle et al. 2013: 481), sodass der hier ermittelte Nichtwähleranteil nach unten verzerrt sein sollte.

Offenheit gegenüber Flüchtlingen bzw. Einwanderern und kultureller Vielfalt entfacht, welche die Gesellschaft spaltet. Der polarisierende Charakter dieses Themas lässt sich auch im Ost-West-Vergleich erkennen: Im Westen plädiert mit 58 % die Mehrheit der Bevölkerung dafür, dass Deutschland ein weltoffenes und tolerantes Land sein sollte; im Osten befürworten hingegen nur 47 % diese Sicht. Gleichzeitig sind 46 % der Ostdeutschen bzw. 35 % der Westdeutschen der Meinung, Deutschland sollte sich wieder auf seine traditionellen Werte zurückbesinnen. Somit zeigt sich zwar – im Einklang mit bisherigen Forschungsergebnissen (Fuß 2012: 311) –, dass Ostdeutsche im Vergleich zu Westdeutschen etwas häufiger Vorbehalte gegenüber Einwanderung und Vielfalt haben. Jedoch machen die Ergebnisse auch deutlich, dass die

Spaltungslinie bei der Frage nach der kulturell-gesellschaftlichen Entwicklung Deutschlands weniger zwischen Ost und West verläuft, sondern durch die deutsche Gesellschaft an sich.

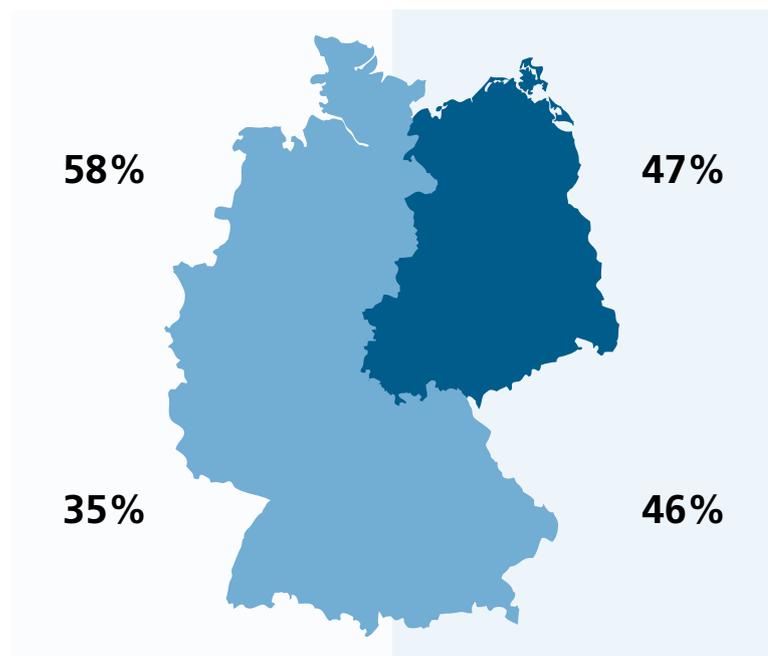
Nichtsdestotrotz offenbart sich die etwas verhaltene Einstellung der ostdeutschen Bürger_innen zur Einwanderung und Weltoffenheit auch in anderen Aspekten: Während 59 % der Westdeutschen Einwanderung als Chance für Deutschland sehen, gewinnen im Osten nur 49 % Einwanderung etwas Positives ab. Trotzdem hat die Mehrheit der Ostdeutschen (58 %) nichts dagegen, wenn Flüchtlinge in ihrer Nachbarschaft untergebracht werden. Im Westen ist die Toleranz gegenüber Flüchtlingen im eigenen Umfeld mit 71 % jedoch merklich höher.

Abbildung 2: **Weltoffenheit versus Tradition in Ost- und Westdeutschland**

Deutschland sollte ein tolerantes und weltoffenes Land sein, in dem sich jeder frei entfalten kann, egal wo er herkommt, an was er glaubt oder wie er lebt.

vs.

Deutschland sollte sich wieder auf seine traditionellen Werte zurückbesinnen und aufpassen, dass unsere christlich-abendländische Kultur nicht verloren geht.



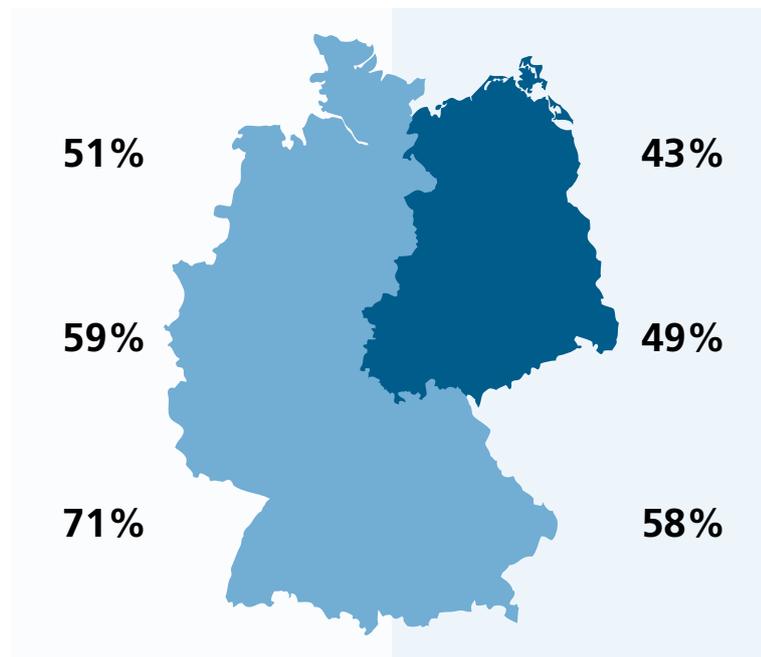
Basis: Alle Wahlberechtigten in Ost und West. Fehlende Werte: Weiß nicht/Keine Angaben. Abweichungen rundungsbedingt.

Quelle: pollytix strategic research.

Die Mitgliedschaft in der EU bringt Deutschland mehr Vorteile als Nachteile.

Deutschland sollte Einwanderung als Chance für unser Land begreifen.

Ich habe nichts dagegen, dass Flüchtlinge in meiner Nachbarschaft untergebracht werden.



Basis: Alle Wahlberechtigten in Ost und West. Zustimmungswerte auf einer Skala von 0-10 für „zutreffend“ (6-10).
Abweichungen rundungsbedingt.

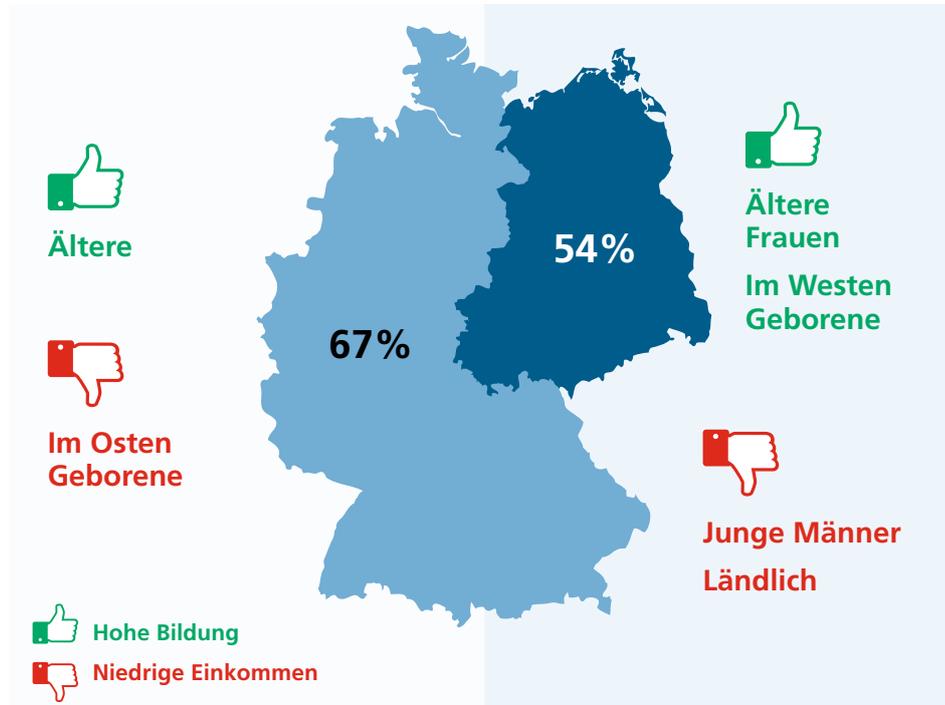
Quelle: pollytix strategic research.

Demokratiezufriedenheit

Die bisher betrachteten Einstellungen haben sich hauptsächlich auf politische Fragen und Entwicklungen bezogen, bei denen es aus demokratietheoretischer Sicht nicht bedenklich ist, dass unterschiedliche Meinungen in der Bevölkerung vorherrschen. Ganz anderes ist dies bei

der Bewertung der Demokratie: Hier ist es von zentraler Bedeutung, dass die Gesamtbevölkerung in einem ausreichenden Maß mit dem demokratischen System zufrieden ist. Würden große Teile der Bürger_innen die Demokratie im eigenen Land nicht unterstützen, würde dies die Stabilität des demokratischen Systems gefährden (Easton 1965).

Alles in allem funktioniert das demokratische System in Deutschland gut



Basis: Alle Wahlberechtigten in Ost und West. Zustimmungswerte auf einer Skala von 0-10 für „zutreffend“ (6-10).
Abweichungen rundungsbedingt.

Quelle: pollytix strategic research.

Im Westen ist eine deutliche Mehrheit der Bürger_innen (67 %) mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland zufrieden. Im Osten hingegen ist mit 54 % nur eine knappe Mehrheit der Bürger_innen zufrieden, was aus demokratietheoretischer Sicht bedenklich ist. Dieser Befund deckt sich mit Ergebnissen anderer Studien, die ebenfalls eine niedrigere Demokratiezufriedenheit im Osten konstatieren (z. B. Faus et al. 2015: 23f.; Roller 2010: 604; Niedermayer 2009: 393). Auffällig ist, dass im Westen vor allem Ostdeutsche, die in den alten Bundesländern leben, mit der Demokratie unzufrieden sind, während im Osten in Westdeutschland Geborene ein hohes Maß an Demokratiezufriedenheit zeigen. Ein ähnliches Muster hatte sich bereits bei der Lebenszufriedenheit gezeigt. Dies könnte als Hinweis dafür gewertet werden, dass die unterschiedliche Sozialisation im jeweiligen Landesteil zu unterschiedlichen Einstellungen führt und damit auch die Bewertung der Demokratie beeinflusst. Jedoch zeigt sich

auch, dass die ökonomische Situation der in Ostdeutschland lebenden Westdeutschen überdurchschnittlich gut und die der im Osten geborenen und im Westen lebenden Bürger_innen überdurchschnittlich schlecht ist. Dies spricht wiederum für den Einfluss der wirtschaftlichen Situation. Unterstützt wird dies von dem Befund, dass in beiden Landesteilen niedrige Einkommen zu Demokratieunzufriedenheit und hohe Bildung zu Demokratiezufriedenheit führen und somit die Bewertung des demokratischen Systems von sozioökonomischen Faktoren teilweise abhängig ist.

Die Ergebnisse lassen darauf schließen, dass es nicht die eine Ursache gibt, sondern sowohl die Sozialisation und damit einhergehende Erwartungen an das Sozialsystem als auch die eigene wirtschaftliche Situation bzw. die Lebensbedingungen Unterschiede in der Demokratiezufriedenheit hervorrufen.

5. Segmente

Nachdem bisher allgemeine Unterschiede zwischen der ost- und westdeutschen Bevölkerung untersucht wurden, wird nun im nächsten Schritt ein Blick auf verschiedene Bevölkerungsgruppen geworfen. In der Kartografie-Studie konnte gezeigt werden, dass die deutsche Gesellschaft im Hinblick auf ihre Einstellungen, Weltanschauungen und Wertvorstellungen in einem hohen Maße heterogen ist. Zugleich konnten jedoch verschiedene, in ihren politischen Einstellungen ähnliche Bevölkerungssegmente identifiziert werden⁴. Somit stellt sich die Frage, inwiefern sich Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland ergeben und wie sich diese ggf. erklären lassen. Zur Klärung dieser Frage werden zunächst die in der Kartografie-Studie identifizierten Segmente vorgestellt und anschließend Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den Segmenten in Ost und West analysiert.

Die in der Kartografie-Studie identifizierten acht Segmente wurden basierend auf der subjektiv wahrgenommenen per-

sönlichen Lebenssituation, der Sicht auf Staat und Politik, Einstellungen zur Gesellschaft und Wirtschaft sowie gesellschaftlichen Metathemen identifiziert. Bei Betrachtung der Segmente fällt zunächst ihre unterschiedliche Größe auf. Während die „anti-modernen Konservativen“ mit 8% das kleinste Segment darstellen, sind 16% der deutschen Bürger_innen der „gehetzten Mitte“ zuzuordnen. Neben der Größe zeigen sich zwischen den Segmenten teilweise große Differenzen hinsichtlich soziodemografischer Merkmale, Wahrnehmung der Lebenssituation und Einstellungen zur Politik. Während beispielsweise „leistungsorientierte Liberale“, „sozial engagierte Demokraten“ und die „gehetzte Mitte“ mit der Politik in Deutschland in hohem Maße zufrieden sind und über einen mittleren bis hohen Lebensstandard verfügen, sind für die „politikfernen Einzelkämpfer“ und die „desillusionierten Abgehängten“ Unmut über die politische Lage sowie schwierige ökonomische Verhältnisse charakteristisch (für eine detailliertere Darstellung der Segmente siehe auch Faus et al. 2015: 59–77).

Abbildung 5: Kurzcharakteristik der Segmente, bundesweit

Zufriedenheit mit Politik  Unzufriedenheit mit Politik	12%	Leistungsorientierte Liberale	Intellektuelle und gebildete Leistungselite mit liberaler Grundhaltung, für offene, tolerante und leistungsorientierte Gesellschaft.
	12%	Sozial engagierte Demokraten	Hoch gebildetes und gut situiertes Segment, politisch interessiert und aktiv, mit Idealen und ausgeprägtem Bewusstsein für soziale Gerechtigkeit, Solidarität, Offenheit und Toleranz.
	16%	Gehetzte Mitte	Junge, gebildete, tolerante und stark geforderte Mitte, die leistungsbereit ist, nach Sicherheit strebt, sich aber auch vor der Zukunft sorgt.
	14%	Verdrossene Kleinbürger	Prekäres, eher passives Segment mit Sorgen vor der Zukunft und geringerer Lebenszufriedenheit, Hektik und niedriger Bildung.
	13%	Passive Reformer	Älteres, zufriedenes, tolerantes Segment mit mittlerer Bildung, wenig Sorgen und Hektik, das sich gesellschaftliche Veränderungen wünscht, selber aber nicht aktiv fördert.
	8%	Antimoderne Konservative	Traditionelles, sicherheitsbedachtes Segment, das sich einen schlanken Staat und die Rückkehr zu mehr Nationalstaatlichkeit wünscht.
	14%	Politikferne Einzelkämpfer	Wirtschaftlich bedrohtes, aber leistungsbereites Segment mit Stress und starken Zukunftsängsten, das Politik als lebensfern wahrnimmt.
	10%	Desillusionierte Abgehängte	Politisch und wirtschaftlich unzufriedenes und resigniertes Prekariat, mit großen Zukunftssorgen und Angst vor Veränderung.

Basis: Alle Wahlberechtigten. Abweichungen rundungsbedingt.

Quelle: pollytix strategic research.

⁴ Für eine detaillierte Darstellung der Ergebnisse der Kartografie-Studie siehe Faus et al. 2016: 22ff.

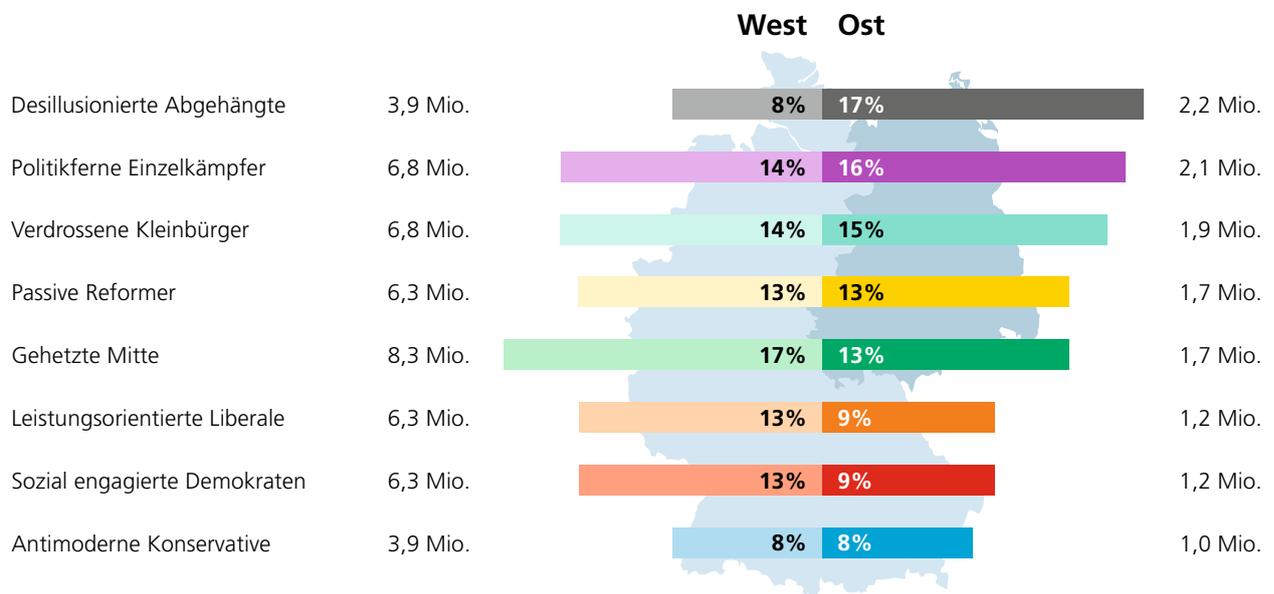
6. Segmente im Ost-West-Vergleich

Bei der Verteilung der Segmente zeigen sich merkbare Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. Während im Westen die „desillusionierten Abgehängten“ mit 8 % das kleinste Segment darstellen, macht dieses Segment im Osten mit 17 % den größten Anteil an der Bevölkerung aus. Hingegen ist das größte Segment in Westdeutschland, die „gehetzte Mitte“ (17 %), in Ostdeutschland nur mit einem Anteil von 13 % vertreten. Jedoch sind auch Gemeinsamkeiten zu erkennen: Die „passiven Reformer“ und die „anti-modernen Konservativen“ sind in beiden Landesteilen gleich stark vertreten.

Insgesamt zeichnet sich ein klares Muster ab: Fast die Hälfte der ostdeutschen Bevölkerung (48 %) fällt in die eher politikverdrossenen Segmente „desillusionierte Ab-

gehängte“, „politikferne Einzelkämpfer“ und „verdrossene Kleinbürger“. Im Westen fallen diese Segmente mit einem Anteil von 36 % signifikant geringer aus. Dagegen lassen sich 43 % der Westdeutschen als „leistungsorientierte Liberale“, „sozial engagierte Demokraten“ oder aber als die „gehetzte Mitte“ klassifizieren, womit die politikzufriedenen Segmente fast die Hälfte der westdeutschen Bevölkerung stellen. In Ostdeutschland liegt der Anteil derer hingegen bei nur 31 %. Die Tatsache, dass Bürger_innen, die aus ökonomisch schwierigen Verhältnissen stammen und mit der momentanen politischen Lage unzufrieden sind, in Ostdeutschland die größte Bevölkerungsgruppe darstellen, kann somit als eine Erklärung für die etwas verhaltene Bewertung der wirtschaftlichen Lage und der Politik im Osten verstanden werden.

Abbildung 6: Segmente in Ost- und Westdeutschland



Basis: Alle Wahlberechtigten in Ost und West. Anteile in Mio. berechnet für Wahlberechtigte im Osten (12,8 Mio.) und Westen (48,5 Mio.); Bevölkerungsstand 12/2015. Abweichungen rundungsbedingt.

Quelle: pollytix strategic research.

Einstellung der Segmente im Ost-West-Vergleich

Im nächsten Schritt werden nun die Wahrnehmung der persönlichen Lage sowie Einstellungen zu Politik und Gesellschaft der Segmente betrachtet. Dabei werden zum einen Unterschiede *zwischen* den Segmenten untersucht und zum anderen analysiert, inwiefern sich Differenzen *innerhalb* der Segmente zwischen Ost- und Westdeutschland zeigen.

Persönliche Lage und gesellschaftliche Rahmenbedingungen

Zur Beginn dieser Studie konnte gezeigt werden, dass die Sicht auf die persönliche Lage und die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in West- und Ostdeutschland recht

homogen ist: In beiden Landesteilen klagen die Bürger_innen über Zukunftssorgen, Hektik und Überforderung sowie das schwindende Vertrauen in das Leistungsversprechen.

Ein Blick auf Abbildung 7 zeigt, dass die Wahrnehmung jedoch stark zwischen den Segmenten – und auch teilweise innerhalb eines Segments zwischen Ost- und Westdeutschland – schwankt. So fällt auf, dass die „desillusionierten Abgehängten“ sowie die „politikfernen Einzelkämpfer“ durchweg negativer gestimmt sind. Im Vergleich zur durchschnittlichen Bevölkerung sind sie besorgter über ihre Zukunft, haben stärker das Gefühl, abgehängt zu sein und empfinden ein höheres Maß an Hektik und Überforderung. Eine Ausnahme bildet der Glaube an das Leistungsversprechen: Während die „desillusio-

Abbildung 7: Bewertung persönlicher Lage und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in Ost- und Westdeutschland



Basis: Alle Wahlberechtigten in Ost und West. Zustimmungswerte auf einer Skala von 0–10 für „zutreffend“ (6–10). Abweichungen rundungsbedingt.

Quelle: pollytix strategic research.

nierten Abgehängten“ in beiden Landesteilen überhaupt nicht daran glauben, vertrauen bei den „politikfernen Einzelkämpfern“ aus dem Westen 77 % und im Osten 80 % darauf, dass harte Arbeit sich auszahlt.

Hingegen zeichnen sich die „sozial engagierten Demokraten“, die „passiven Reformen“ und die „leistungsorientierten Liberalen“ durch eine positive Bewertung ihrer persönlichen Situation aus: Wenig Zukunftssorgen und Überforderung, die Selbstwahrnehmung als Teil der Gesellschaft und der – vor allem unter den „leistungsorientierten Liberalen“ ausgeprägte – Glaube an das Leistungsversprechen.

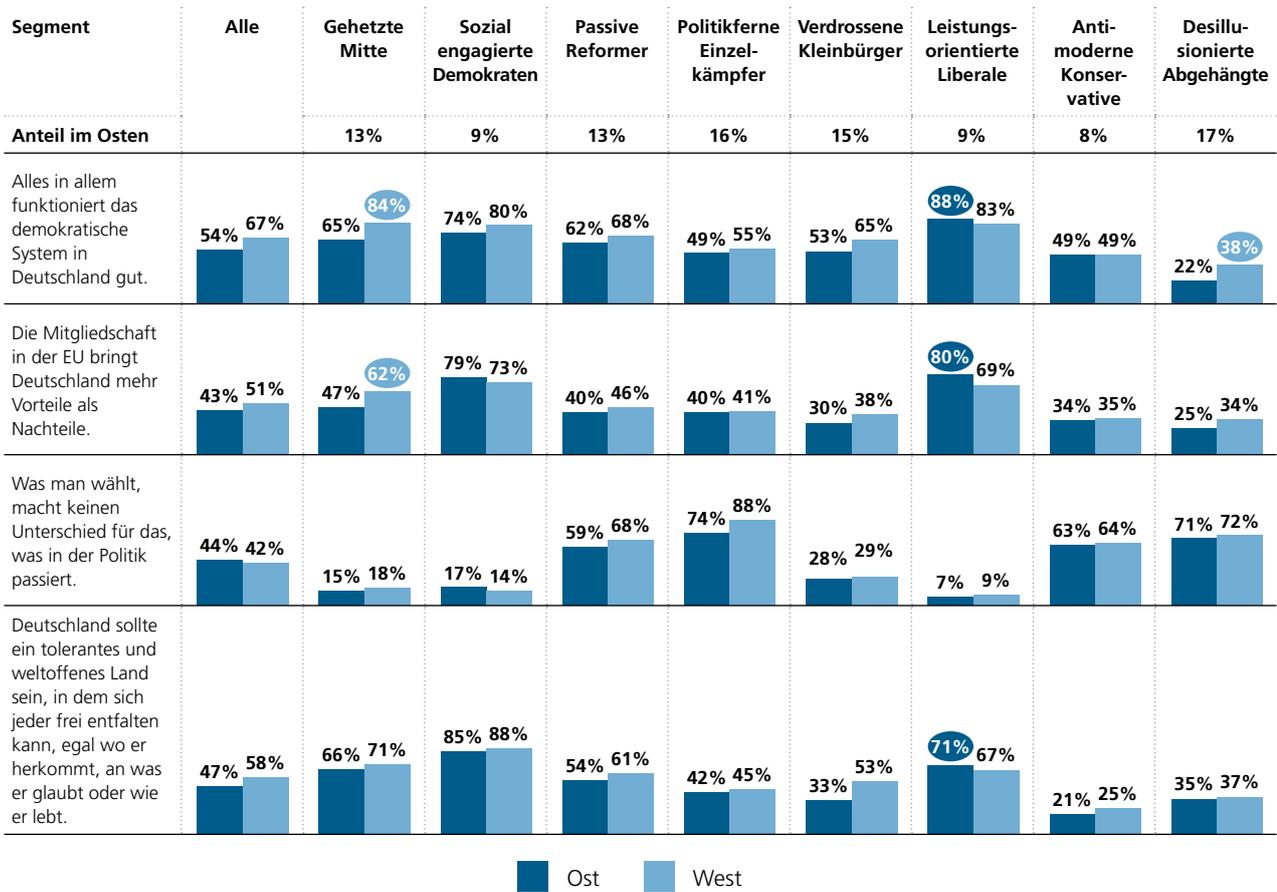
Analysiert man die Segmente im Hinblick auf Ost-West-Unterschiede, lassen sich diese nur vereinzelt ausmachen. So glaubt die „gehetzte Mitte“ im Westen mit 81 % stärker als ihr Pendant in Ostdeutschland (69 %) an das Leistungsversprechen. Gleichzeitig empfindet aber die westdeutsche „gehetzte Mitte“ – ebenso wie die „verdrossenen Kleinbürger“ – mehr Hektik und Überforderung als im Osten. Unter den „desillusionierten Abgehängten“ verspüren 81 % der Westdeutschen Zukunftssorgen, während die Ostdeutschen mit 76 % etwas weniger besorgt sind.

Aus den dargestellten Befunden wird deutlich: Es bestehen bei der Wahrnehmung der persönlichen Lage und der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen vor allem Unterschiede zwischen den Segmenten und weniger zwischen Ost- und Westdeutschland. Somit ist die Bewertung der eigenen Situation bzw. des gesellschaftlichen Zusammenlebens von der regionalen Herkunft losgelöst und wahrscheinlich eher durch die eigenen ökonomischen und sozialen Rahmenbedingungen bedingt.

Sicht auf Politik und Gesellschaft

Bei der Analyse von politischen Einstellungen und Wertorientierungen lassen sich aus Abbildung 8 zwei Erkenntnisse ziehen: Erstens unterscheiden sich die Segmente stark in ihrer Sicht auf Politik und Gesellschaft: Während sich „verdrossene Kleinbürger“, die „anti-modernen Konservativen“ und die „desillusionierten Abgehängten“ durch Politikverdrossenheit, Euroskeptizismus und wenig Weltoffenheit charakterisieren lassen, bilden Segmente wie die „leistungsorientierten Liberalen“, die „passiven Reformen“, die „sozial engagierten Demokraten“ sowie die „gehetzte Mitte“ den Gegenpol mit einem hohen Maß an Demokratiezufriedenheit und Weltoffenheit. Dieser Befund unterstreicht die vorherrschende Pluralität von Einstellungen in der deutschen Gesellschaft.

Abbildung 8: Sicht auf Politik und Gesellschaft in Ost- und Westdeutschland

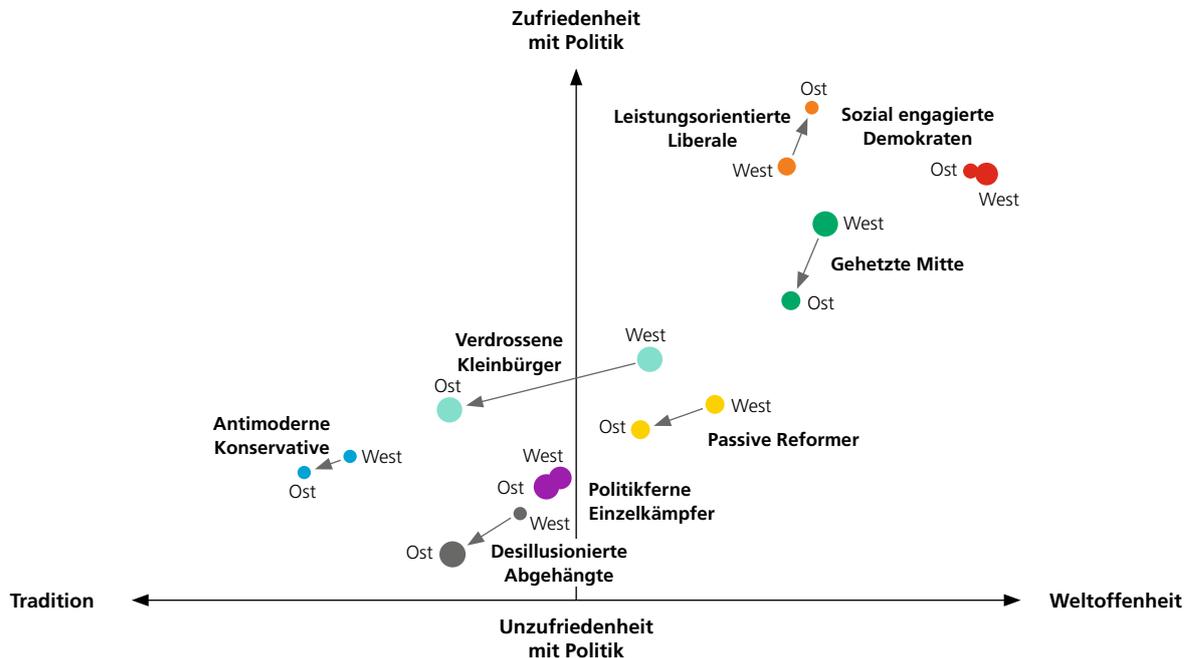


Basis: Alle Wahlberechtigten in Ost und West. Zustimmungswerte auf einer Skala von 0–10 für „zutreffend“ (6–10).
 Abweichungen rundungsbedingt.
 Quelle: pollytix strategic research.

Zweitens zeigen sich diesmal – im Gegensatz zur Bewertung der persönlichen Lage – nicht nur Unterschiede zwischen den Segmenten, sondern auch innerhalb der Segmente zwischen Ost- und Westdeutschland. Abbildung 8 macht deutlich, dass die ostdeutschen Segmente im Schnitt unzufriedener mit der Politik und euroskeptischer bzw. eher traditionsbewusst sind als ihre westdeutschen Pendanten. So sind nur 65 % der Bürger_innen aus dem Osten, die der „gehezten Mitte“ zuzuordnen sind, mit der Demokratie in Deutschland zufrieden, während die Zufriedenheit im Westen mit 84 % um knapp 20 Prozentpunkte höher ist. Eine Ausnahme bilden die „leistungsorientierten Liberalen“: Diese sind in Ostdeutschland – teilweise deutlich – zufriedener mit der Demokratie, europhiler und wünschen sich auch stärker ein weltoffenes und tolerantes Deutschland als im Westen.

Wie stark die Einstellungsunterschiede innerhalb der Segmente zwischen Ost- und Westdeutschland sind, verdeutlicht die Verortung der Segmente im zweidimensionalen Raum mit der vertikalen Achse „Zufriedenheit mit Politik – Unzufriedenheit mit Politik“ sowie der horizontalen Achse „Weltoffenheit – Tradition“. Mehrere Segmente im Osten neigen stärker nach links-unten; d.h. die Segmente sind (etwas) traditionsbewusster und (eher) unzufriedener mit der Politik. Ausnahmen bilden die „leistungsorientierten Liberalen“, die im Osten weltoffener und teilweise auch zufriedener mit der Politik sind, während die „sozial engagierten Demokraten“ und die „politikfernen Einzelkämpfer“ keine signifikanten Unterschiede im Ost-West-Vergleich aufweisen.

Somit kann festgehalten werden, dass es bei den politischen Einstellungen nicht nur allgemeine Unterschiede



Basis: Alle Wahlberechtigten in Ost und West. Die Größe der Punkte spiegelt die Größe der Segmente wider.

Quelle: pollytix strategic research.

zwischen Ost und West gibt, sondern sich auch innerhalb der Segmente Differenzen zeigen. Die Ergebnisse der vorliegenden Studie zeigen, dass größere Teile der ostdeutschen Bürger_innen unzufriedener mit der Politik bzw. eher traditionsbewusst sind als westdeutsche Bürger_innen desselben Segments – mit den genannten Ausnahmen. Damit decken sich diese Ergebnisse mit den Befunden früherer Studien, die ebenfalls einen grundlegenden Einstellungsunterschied zwischen Ost- und Westdeutschland konstatieren (Arzheimer 2013; Roller 2010; Niedermayer 2009; Westle/Niedermayer 2009). Ob die wirtschaftliche Situation oder aber die unterschiedliche Sozialisation für die Unterschiede verantwortlich ist, kann nicht abschließend geklärt werden. Anzunehmen ist, dass beides – schlechtere ökonomische Bedingungen als auch die ausbleibende Erfüllung der Erwartungen der Ostdeutschen an das politische und das Sozialsystem – die Einstellungsunterschiede bedingen.

Soziale Gerechtigkeit als verbindendes Element

Bedeutet dies nun, dass unsere Gesellschaft gespalten ist über politische Themen, was eine Politik, die alle Bürger_innen anspricht, unmöglich macht? Nicht ganz, denn so-

wohl die Landesteile als auch die Segmente sind verbunden durch den gemeinsamen Wunsch nach mehr sozialer Gerechtigkeit.

So befürworten – unabhängig von Regionen- oder Segmentzugehörigkeit – mehr als vier Fünftel der Bürger_innen, dass Schüler_innen möglichst lange zusammen lernen, um alle Kinder besser zu fördern. Genauso viele Deutsche plädieren für flexible Arbeitszeitmodelle zur besseren Vereinbarung von Familie und Beruf sowie für mehr Unterstützung von Familien mit Kindern. Auch bei der Frage nach Investitionen herrscht in der Bevölkerung Einigkeit: Jeweils mehr als zwei Drittel der ost- und westdeutschen Bürger_innen sind der Meinung, dass Deutschland jetzt Investitionen in die Infrastruktur tätigen sollte, um für die Zukunft gerüstet zu sein, auch wenn dies neue Schulden bedeutet.

Demnach sind sich Ost- und Westdeutschland gar nicht so unähnlich: In Fragen der sozialen Gerechtigkeit, die einen maßgeblichen Teil des gesellschaftlichen Zusammenlebens betreffen, vertritt die Bevölkerung eine Meinung; losgelöst vom geographischen Hintergrund.

7. Fazit

Ist nach 27 Jahren Wiedervereinigung zusammengewachsen, was zusammengehört? Diese Forschungsfrage war Ausgangspunkt der vorliegenden Analyse. Dafür wurde untersucht, inwiefern sich die politischen Einstellungen und die Wertorientierung zum einen zwischen den ostdeutschen und westdeutschen Bürger_innen in der Gesamtheit unterscheiden und zum anderen zwischen den einzelnen Segmenten. Was kann nun als Fazit festgehalten werden?

Zum einen konnte gezeigt werden, dass sich die politische Stimmung in Ostdeutschland durchaus von der in Westdeutschland unterscheidet. Während es bei der Sicht auf das persönliche Leben und der politischen Involvement weniger ausgeprägte Differenzen gibt, ist die Sicht der Ostdeutschen auf die Politik erkennbar negativer und durch eine höhere Ablehnung von Weltoffenheit geprägt. Die Einstellungsunterschiede können zum einen durch soziale Rahmenbedingungen und die damit einhergehende Bevölkerungsstruktur in Ostdeutschland erklärt werden. Der Anteil von politikverdrossenen Segmenten mit schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen ist im Osten deutlich höher als im Westen, wo die Segmente quantitativ überwiegen, die im Großen und Ganzen mit der Politik zufrieden sind. Daher ist es nicht verwunderlich, dass die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Lage und der politische Stimmung im Osten insgesamt etwas negativer ausfällt. Dementsprechend ist nicht nur die regionale Herkunft per se für Einstellungsunterschiede verantwortlich.

Jedoch zeigen sich zum anderen insbesondere bei politischen Wertorientierungen Ost-West-Unterschiede auch innerhalb der Segmente. So gibt es im Osten nicht nur mehr politikverdrossene Segmente, sondern auch Angehörige der bundesweit tendenziell mit der Politik zufriede-

dene Segmente, wie z. B. die „gehetzte Mitte“, sind im Osten unzufriedener mit der Politik und weniger weltoffen als die westdeutschen Angehörigen dieses Segments. Gerade die niedrigere Demokratiezufriedenheit im Osten ist bedenklich, da sie langfristig zur Instabilität des politischen Systems führen kann.

Die entscheidende Frage ist nun, was unternommen werden kann, um die Einstellungsunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland zu beheben. Die Antwort könnte in einer auf soziale Gerechtigkeit fokussierten Politik liegen. Trotz aller Unterschiede stellt der Wunsch nach mehr sozialer Gerechtigkeit – durchaus konkretisiert in den genannten Politikvorschlägen – ein verbindendes Element dar. Damit bietet sich für Parteien an dieser Stelle eine Chance: Mit dem Vorantreiben von politischen Maßnahmen, die auf eine gerechtere Gestaltung des gesellschaftlichen Zusammenlebens abzielen, sprechen sie zum einen alle Bevölkerungssegmente an und nicht nur spezifische Gruppen. Zum anderen sollten solche Maßnahmen und die damit einhergehende Verbesserung von sozioökonomischen Rahmenbedingungen zur Folge haben, dass sich bei den eher politikverdrossenen Segmenten wie den „desillusionierten Abgehängten“ und „politikfernen Einzelkämpfern“ nicht nur die ökonomische Situation verbessert, sondern auch ihre Sicht auf die Politik. Die Erfahrung, dass Parteien ihre Sorgen ernst nehmen und etwas dagegen tun, sollte zu einer positiveren Sichtweise auf die Parteien an sich und auch auf das politische System als Ganzes führen. Hingegen besteht die Gefahr bei der Vernachlässigung von Gerechtigkeit schaffenden Themen, dass Bürger_innen immer unzufriedener mit dem politischen System werden und dann diesem ihre Unterstützung vollends entziehen.

Nachwort: Schlussfolgerungen für die politische Bildungs- und Beratungsarbeit

Irina Mohr, Dietmar Molthagen

Wenn die Friedrich-Ebert-Stiftung Studien wie die hier vorliegende vergibt, verfolgt sie damit zwei Ziele: Erstens möchten wir wissen, was die Bürgerinnen und Bürger politisch bewegt, was sie über die Demokratie und ihre Institutionen, über aktuelle oder grundlegende politische Sachfragen denken, wie sie ihre persönliche Situation einschätzen und die des Landes. So kann man herausfinden, wie es um die Demokratie in Deutschland steht, deren Förderung die zentrale Aufgabe der Friedrich-Ebert-Stiftung ist.

Das zweite Ziel liegt darin, aus den Erkenntnissen Schlussfolgerungen abzuleiten, wie politische Bildungsarbeit gelingen kann und wie wir mit innovativen Formaten auf die zu Bildenden zugehen können: Welche Themen interessieren die Menschen, welche Sorgen treiben sie um, was gefällt ihnen an Politik und was kritisieren sie daran? Aus der hier vorliegenden ostdeutschen Sonderauswertung der Studie „Kartografie der politischen Landschaft in Deutschland“ ziehen wir für unsere politische Bildungsarbeit folgende Schlüsse:

1. Politische Informationen bedarfsgerecht anbieten

Die einzelnen politischen Segmente interessieren sich unterschiedlich stark für Politik und sind auch stark unterschiedlich zufrieden mit der Politik. Gemeinsam ist vielen Bürger_innen aus verschiedenen Segmenten allerdings der Wunsch nach überzeugenden Erklärungen für politische Entscheidungen und Maßnahmen. Entsprechend muss politische Bildungsarbeit bedarfsgerecht politische Informationen anbieten. Das kann bedeuten, einen Zugang über die Lebenswelt der Bürger_innen zu suchen, stärker informativ, stärker partizipativ oder verstärkt digital zu arbeiten oder eine einfache und verständliche Sprache zu wählen.

2. Die Grundlagen des politischen Systems vermitteln

Neben der Information über politische Themen ist die Ur-Aufgabe der politischen Bildung heute wichtiger denn je: die Vermittlung der Grundlagen des politischen Systems. Tatsächlich beobachtet die Friedrich-Ebert-Stiftung auch eine steigende Nachfrage nach Bildungsangeboten über die Grundlagen der Demokratie in Deutschland, die Funktionsweise des föderalen Systems sowie über das Verhältnis zwischen Medien und Politik. Wiederum ist es Aufgabe der politischen Bildung, Methoden und Vermittlungswege – online wie offline – zu finden, die verschiedene Segmente ansprechen.

3. Meinungslager verlassen – Debatten ermöglichen

Die deutsche Bevölkerung ist in einigen Fragen erkennbar gespalten, etwa wenn es um das Potenzial von Einwanderung oder Deutschlands Rolle in der EU geht. Politische Bildung ist der Ort, wo diese Kontroversen ausgetragen werden können und Debatten möglich sind. Diese haben nicht das Ziel, am Ende einen Konsens herzustellen. Aber das Verlassen des eigenen Meinungs-lagers, das Hören auf andere Argumente und das Diskutieren über politische Inhalte sind wichtige Voraussetzungen für eine lebendige Demokratie. Die Friedrich-Ebert-Stiftung ist der Überzeugung, dass wir mehr und nicht weniger politischen Streit brauchen – um kontroverse Fragen und in konstruktiver Absicht. Dafür betreibt sie u. a. das Debattenportal www.sagwas.net.

4. Engagement fördern – mit Zugangsmöglichkeiten für alle

Engagierte Bürger_innen sind zufriedener mit der Demokratie und bewerten ihre eigene Lage positiver. Auch darum ist es sinnvoll, Engagement zu fördern. Zugleich hat die Studie ergeben, dass die Bereitschaft und die Ressourcen dafür zwischen den Segmenten sehr unterschiedlich verteilt sind. Vor allem die Segmente ... sind von nur geringer Bereitschaft zum bürgerschaftlichen Engagement gekennzeichnet. Bei der Engagementförderung im Sinne der Demokratieförderung muss darauf geachtet werden, nicht sozial exklusiv zu wirken, sondern vielmehr Zugangsmöglichkeiten für alle bereit zu halten. Konkret kann dies bedeuten, Angebote für Neueinwanderer in deren Muttersprache anzubieten oder eine Kinderbetreuung für Eltern einzuplanen. Die Friedrich-Ebert-Stiftung arbeitet bereits so, etwa mit der Seminarreihe „Demokratische Bildung auf Arabisch“

5. Gerade in Ostdeutschland: Politische Biografien in den Blick nehmen

Da diese Sonderauswertung der ostdeutschen Befragten der „Kartografie“-Studie ergeben hat, dass die politische Sozialisation durchaus ein wichtiger Faktor bei der Entwicklung politischer Einstellungen ist, muss politische Bildung die individuellen politischen Biografien berücksichtigen und thematisieren. In den ersten Jahren nach der friedlichen Revolution in Ostdeutschland hat die Friedrich-Ebert-Stiftung dieses Ziel in eigens konzipierten Biografie-Seminaren verfolgt. Eine Dauerausstellung zu Gesprächen der ostdeutschen Generationen über die DDR ist derzeit für Schulen und Bildungsträger im Angebot.

6. Politikberatung für mehr Gleichheit

Die Friedrich-Ebert-Stiftung ist eine Institution der politischen Bildung und der Politikberatung. Diese Studie konnte zeigen, dass die insgesamt schlechteren sozialen Rahmenbedingungen in Ostdeutschland die dort stärker negativen politischen Einstellungen erklären. Daraus folgt für die politische Beratungsarbeit ein Einsetzen und Vor-denken für eine Politik, die mehr soziale Gleichheit und

den Abbau von realen sowie wahrgenommenen Ungerechtigkeiten erreicht, gerade in Ostdeutschland. Dies hat die Friedrich-Ebert-Stiftung bereits mit ihrem großen Projekt „Mehr Gleichheit“ begonnen: <http://www.fes.de/de/mehrgleichheit/>

7. Miteinander in Vielfalt – dem Krisendiskurs entgegen treten

Das Aufkommen einer rechtspopulistischen Bewegung – die in Ostdeutschland auf der Einstellungsebene sowie in Wahlergebnissen stärker ist als in Westdeutschland – basiert nicht zuletzt auf einer Krisenwahrnehmung. Bei aller notwendigen Diskussion über Probleme und Reformbedarfe in der Demokratie darf der Krisendiskurs nicht die Wahrnehmung verzerren. Angesichts des zu beobachtenden ideologischen Kampfes um eine homogene Gesellschaft, ist das Entstehen für Vielfalt umso wichtiger. Und Vielfalt ist mehr als nur Einwanderung, sondern gilt für Lebensweisen, -orte und -ziele, wie allein ein Blick auf die unterschiedlichen Segmente beweist. Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat in dieser Auseinandersetzung ein Leitbild für die Einwanderungsgesellschaft vorgelegt, das ausführt, wie ein Miteinander in Vielfalt gelingen kann. <http://www.fes.de/de/themenportal-flucht-migration-integration/leitbild-miteinander-in-vielfalt/>

Ebenso wie aus der bundesweiten Studie „Kartografie der politischen Landschaft in Deutschland“ lassen sich aus der Sonderauswertung für Ostdeutschland also vielfältige Anregungen für die politische Bildungsarbeit ableiten. Sie werden in den nächsten Jahren in den Landes- und Regionalbüros der FES in Ostdeutschland unsere Arbeit prägen und uns befähigen, zielgruppengerecht zu bilden.

- Arzheimer, K. (2005): Freiheit oder Sozialismus? Gesellschaftliche Wertorientierungen, Staatsziele und Ideologien im Ost-West-Vergleich, in: Gabriel, O.W.; Falter, J.W.; Rattinger, H. (Hrsg.): Wächst zusammen, was zusammen gehört? Stabilität und Wandel politischer Einstellungen im wiedervereinigten Deutschland, Baden-Baden: Nomos, S. 285–313.
- Arzheimer, K. (2013): Twenty Years After: Sozial- und wirtschaftspolitische Einstellungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich, in: Keil, S.; Thaidigsmann, I. (Hrsg.): Zivile Bürgergesellschaft und Demokratie. Aktuelle Ergebnisse der empirischen Politikforschung, Wiesbaden: Springer, S. 299–336.
- Destatis (2014): 25 Jahre Mauerfall: Ost und West bleiben statistisch sichtbar, Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Easton, D. (1965): A Framework for Political Analysis, Englewood Cliffs: Prentice-Hall.
- Faus, J.; Faus, R.; Gloger, A. (2015): Politische Kultur in Süd- und Ostdeutschland, Empirische Sozialforschung 4, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin.
- Faus, J.; Faus, R.; Gloger, A. (2016): Kartografie der politischen Landschaft in Deutschland, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin.
- Fuchs, D. (1997): Welche Demokratie wollen die Deutschen?, in: Gabriel, O.W. (Hrsg.): Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland, Opladen: Leske und Budrich, S. 81–113.
- Fuß, D. (2012): Einstellungen zur Immigration, in: Keil, S.I.; van Deth, J.W. (Hrsg.): Deutschlands Metamorphosen. Ergebnisse des European Social Survey 2002–2008, Baden-Baden: Nomos, S. 299–327.
- Niedermayer, O. (2009): Bevölkerungseinstellungen zur Demokratie: Kein Grundkonsens zwischen Ost- und Westdeutschen, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 4 (2), S. 383–397.
- Roller, E. (2010): Einstellungen zur Demokratie im vereinigten Deutschland, in: Krause, P.; Ostner, I. (Hrsg.): Leben in Ost- und Westdeutschland. Eine sozialwissenschaftliche Bilanz der deutschen Einheit 1990–2010, Frankfurt am Main: Campus Verlag, S. 597–614.
- Vetter, A.; Maier, J. (2005): Mittendrin statt nur dabei? Politisches Wissen, politisches Interesse und politisches Kompetenzgefühl in Deutschland, 1994–2002, in: Gabriel, O.W.; Falter, J.W.; Rattinger, H. (Hrsg.): Wächst zusammen, was zusammen gehört? Stabilität und Wandel politischer Einstellungen im wiedervereinigten Deutschland, Baden-Baden: Nomos, S. 51–90.
- Westle, B.; Niedermayer, O. (2009): Orientierungen gegenüber der Demokratie, in: Kühnel, S.; Niedermayer, O.; Westle, B. (Hrsg.): Wähler in Deutschland. Sozialer und politischer Wandel, Gender und Wahlverhalten, Wiesbaden: Springer, S. 11–29.
- Westle, B.; Schübel, T.; Heyder, A. (2013): Düstere Zukunft: Es gibt wieder Wahlen, aber niemand geht hin?, in: Weßels, B.; Schoen, H.; Gabriel, O.W. (Hrsg.): Wahlen und Wähler: Analyse aus Anlass der Bundestagswahl 2009, Wiesbaden: Springer, S. 475–495.

Abbildung 1: Lebenszufriedenheit in Ost- und Westdeutschland	7
Abbildung 2: Weltoffenheit versus Tradition in Ost- und Westdeutschland	10
Abbildung 3: Einstellungen zur EU und zu Immigration in Ost- und Westdeutschland.....	11
Abbildung 4: Demokratiezufriedenheit in Ost- und Westdeutschland	12
Abbildung 5: Kurzcharakteristik der Segmente, bundesweit	13
Abbildung 6: Segmente in Ost- und Westdeutschland	14
Abbildung 7: Bewertung persönlicher Lage und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in Ost- und Westdeutschland	15
Abbildung 8: Sicht auf Politik und Gesellschaft in Ost- und Westdeutschland	17
Abbildung 9: Politische Zufriedenheit und Weltoffenheit/Tradition in Ost- und Westdeutschland.....	18

Die Autorin und der Autor

Felicitas Belok ist Beraterin bei pollytix strategic research. Der Schwerpunkt der studierten Politikwissenschaftlerin (M.A.) liegt im Bereich der Wahl- und Wahlkampfforschung sowie der politischen Psychologie. Vor ihrer Zeit bei pollytix war sie unter anderem im Public Affairs Bereich tätig und hat für die deutsche Botschaft in Washington die US-amerikanischen Vorwahlen 2016 analysiert.

Rainer Faus ist Diplom-Sozialwissenschaftler, Autor sowie Gründer und Geschäftsführer der Forschungs- und Beratungsagentur pollytix strategic research gmbh. In den vergangenen zehn Jahren hat er in mehr als 20 Wahlkämpfen in Deutschland, Asien, Australien und Neuseeland mitgewirkt sowie zahlreiche Publikationen zu politischen und gesellschaftlichen Themen veröffentlicht. Mit pollytix berät er auf Basis qualitativer und quantitativer Forschung Kunden aus Politik, Gesellschaft und Wirtschaft strategisch zu gesellschaftlichen und politischen Fragen. pollytix realisiert Forschungs- und Beratungsprojekte in den Bereichen Kampagnen, Issue Management und Strategieentwicklung für Parteien, Verbände und Unternehmen in Deutschland, Europa und weltweit.



ISBN 978-3-95861-792-6